

Zur Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz – ein Beitrag zur rechtlichen Tragweite der ‚Bilateralen Abkommen‘

Das vom Schweizer Nationalfonds geförderten Forschungsprojekt untersucht, inwieweit Bestimmungen der bilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz, insoweit sie Unionsrecht wörtlich wiedergeben oder auf solches verweisen, nach unionsrechtlichen oder unionsrechtähnlichen Grundsätzen auszulegen sind. Dadurch soll die Klarheit über die tatsächliche rechtliche Tragweite der Abkommen erhöht werden.

Beteiligte:

Astrid Epiney, Nina Gammenthaler, Beate Metz, Benedikt Pirker

Laufzeit:

Oktober 2009 – Januar 2012